

Christoph Konrath

Politik als Beruf (mit Zukunft?)

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen – Montagrunde 15. Mai 2018

1. Krisenphänomene und Orientierungspunkte

Seit vielen Jahren wird über die „Krise der Institutionen“ diskutiert und geforscht. Diese Diskussion wird drängender und intensiver. Für viele ist, aufgrund oft sehr unterschiedlicher Erfahrungen und Eindrücke, zu vieles ins Schwanken geraten. Auch der Verweis darauf, dass demokratische Ordnungen ständiger Anstrengungen bedürfen und gerade deshalb von Krisenhaftigkeit geprägt seien, mag zwar in der Analyse stimmen, er hilft aber in einer Praxis, die nach Klarheit und Beständigkeit sucht, oft nur wenig weiter.

Seit vielen Jahren lautet eine der Antworten auf den Verlust des Vertrauens in Institutionen wie Parlamente, Verwaltungen, Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen: Mehr Personalisierung und Professionalisierung.

Persönlichkeiten, ihre Geschichte, ihr Beispiel und ihre Zugänglichkeit sollen zu einer Erneuerung verkrusteter Strukturen und mechanischer Abläufe führen. Und dabei – irgendwie – auch den institutionellen Rahmen, dem ja nach wie vor eine Bedeutung – aber welche? – zukommt, erneuern. Professionalisierung soll an die Stelle der behäbigen, blockierenden, konfliktbeladenen Traditionen, Konventionen und Abläufe treten.

Bemerkenswert dabei ist, dass Diskussionen und Analysen im Zusammenhang mit Institutionen ungemein reich und dicht sind. Sie wurden vielfach adaptiert, werden kritisch hinterfragt und weiterentwickelt. Wenn es aber um Persönlichkeit und Professionalisierung geht, dann scheinen schnelle Einschätzungen, knackige Formulierungen, strategische Analysen, Anekdoten und spannende Portraits oft auszureichen. Denn schließlich geht es hier um aktuelle Herausforderungen.

Noch bemerkenswerter scheint mir aber, dass dann, wenn einmal tiefer gefragt wird oder wenn Leitbilder für das Handeln von Persönlichkeiten in der Politik gefordert sind, meist nur auf Zitate oder Anspielungen von drei, vier alten Denkern oder Politikern zurückgegriffen wird.

Diese haben nach Überzeugungen und Überzeugungskraft gefragt, nach dem Erkennen des richtigen Moments zum Entscheiden und zum Handeln. Das sind Niccolò Macchia-

velli, Friedrich Nietzsche, Wladimir Iljitsch Lenin und Max Weber. Die ersten drei werden kaum explizit genannt, bei Nietzsche und Lenin ist man ja ohnehin vorsichtig, aber ihre Gedanken blitzen immer wieder auf.

Ganz anders ist das bei Max Weber, der mit dem „Bohren harter Bretter“ das Selbstbild von Politikerinnen und Politikern bis heute prägt und dessen Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik gerade in den letzten Jahren eine erstaunliche Renaissance erfahren hat. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass Weber ganz spezifische Wege der Rechtfertigung und Legitimation politischen Handelns eröffnet.

Bemerkenswert ist diese Bezugnahme vor allem aus dem Grund, dass keiner der vier Genannten seine Vorstellungen im Kontext einer modernen Grundrechtsdemokratie, also einer auf Freiheit und Gleichberechtigung und damit Pluralismus und Durchsetzbarkeit von Menschenrechten ausgerichteten Demokratie, formuliert.

Ich stelle mir seit längerem die Frage, warum das so ist, wo über Politikerinnen und Politikern in diesem Kontext nachgedacht und wo vor allem auch Gedanken und Impulse formuliert werden, die dafür eine ähnliche Wirkung wie jene Macchiavellis, Nietzsches, Lenins oder Webers entfalten können.

Ich möchte heute Abend mit Ihnen gemeinsam darüber nachdenken und diskutieren. Vieles werde ich nur anreißen können, manches, das mehr Beachtung verdienen würde, wird vielleicht offen bleiben.

Ich will dabei von jener Frage ausgehen, die in Max Webers Vortrag „Politik als Beruf“ eigentlich im Mittelpunkt steht. Sie lautet: *„Was für ein Mensch muss man sein, um seine Hand in die Speichen des Rades der Geschichte legen zu dürfen?“*

Sie führt mich zurück zu den Institutionen, auf die wir uns anstelle von Tugenden einzelner Menschen verlassen wollen, und ich werde fragen, wie das Leben im Gefüge dieser Institutionen heute oft aussieht. Die Frage Max Webers wird darin abgewandelt und lautet für viele: *„Was für ein Mensch muss man sein, um sich ein Leben als Politikerin oder Politiker, im Getriebe von Parteiapparaten und Öffentlichkeit anzutun?“* Auf diesem Hintergrund will ich dann fragen, was das für die Zukunft von Politik und politischem Engagement heißen kann.

2. Wegweiser in einer erregten Zeit

Max Weber hat im Jänner 1919 den Vortrag „Politik als Beruf“ gehalten. Er wurde von ihm überarbeitet und, wie es seine Frau Marianne betonte, einer „*von dem Erleben der Kriegs- und Nachkriegszeit erregten Jugend als Wegweiser*“ veröffentlicht.

„Politik als Beruf“ ist ein ungemein dichter und faszinierend zu lesender Text. Wenn wir vom Fachwissen der Beamten und dilettierenden Politikern, von der Bearbeitung von Stimmungen und politischen Unternehmern lesen, dann kommt uns vieles bekannt vor. Der Text scheint zeitlos.

Aber Weber selbst hat in einer aufgeregten Situation gesprochen. Es war das München der Revolution. Nichts war mehr so, wie man es lange gewohnt war. Die alte Ordnung und jene, die sie gestützt hatten, war abgetreten. Es galt, ein neues Staats- und Politikverständnis zu entwickeln und damit auch neue Formen der Organisation von Politik und einen neuen Typ von Politiker zu finden. Weber selbst hatte dabei große Sympathie für eine plebiszitäre Demokratie, die von charismatischen, klugen und verantwortungsbewussten Führungspersönlichkeiten geprägt sein sollte. Seine Überlegungen für einen starken Reichspräsidenten beeinflussten die Verfassung der Weimarer Republik ebenso wie seine Skepsis gegenüber Parteien und starken Parlamenten.

Seine Fragen lauteten: Wer soll uns führen (oder zumindest inspirieren)? Was brauchen wir für Politiker? Wer wählt überhaupt noch Politik als Beruf? Und wird Politik als Beruf überhaupt anerkannt? Was für ein Mensch muss man, um die bereits erwähnte Frage zu wiederholen, also sein, um seine Hand in die Speichen des Rades der Geschichte legen zu dürfen?

Webers Antwort auf diese Fragen findet sich in der Spannung zwischen einer scharfen Analyse des politischen Geschäfts und den moralischen Ansprüchen und Idealen, die er und auch viele heute mit Politik verbinden. In der Beschreibung dieser Spannung wendet er sich gegen den Zynismus der Politikverachtung und gegen schwärmerische Verklärung von Politik. Dabei prägen weniger die Gegensätze als die Spannungen zwischen diesen seine Gedanken. Und jene, denen es gelingt, mit diesen Spannungen umzugehen, sind für Weber auch ethisch befähigt, Politik als Beruf und Berufung zu treiben.

Das zweite, was Weber betont, ist die Geschichtlichkeit unseres Daseins und unserer Entscheidungen. Weber ist wie immer darauf bedacht, seine Thesen entwicklungsgeschichtlich herzuleiten und damit klar zu machen, dass Politik nicht am Reißbrett ge-

macht wird, dass politisches Tun und Entscheiden nur bis zu einem gewissen Grad rationalen Grundsätzen folgen kann. In diesem Bewusstsein leuchtet er die Spannung zwischen Politik, (rationaler) Bürokratie und Medien aus. Er stellt Beamte, Politiker und Journalisten, die allesamt in einer Weise den Beruf der Politik betreiben, in Beziehung zueinander. Es geht ihm damit auch um die Bestimmung des Verhältnisses von Fachwissen, Führung und Vermittlung, also um Distanz und Nähe „zum Volk“. Prägnant illustriert er das am Beispiel des Fürsten, der angesichts der zunehmenden Schulung seiner Beamten zum Dilettanten wird, an jenem des Politikers, der nur mehr auf Stimmensuche ist, und am Journalisten, der umschmeichelt und gefürchtet wird. Immer geht es auch darum, wie weit man etwas machen muss, um davon leben zu können, und wie weit man seinem Auftrag und seiner Berufung folgen kann und will.

Die schwierigste Spannung besteht aber zwischen Leidenschaft, Eitelkeit und Macht, zwischen Verantwortung und Gesinnung. Der gute Politiker zeichnet sich für Weber durch Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß aus. Sie lassen sich dann erreichen und im rechten Maß verbinden, wenn es gelingt, Distanz zu Dingen und Menschen zu halten. Es geht Weber nicht um Distanzlosigkeit, keineswegs, aber es kommt ihm sehr darauf an, Abstand einnehmen zu können, sich nicht von falschen Leidenschaften und Verlockungen mitreißen zu lassen.

Das gipfelt in der Formulierung des ethischen Rahmens für politisches Handeln, den er entweder als „gesinnungsethisch“ oder als „verantwortungsethisch“ versteht. Damit ist – sehr grob – gemeint, dass man entweder seiner Gesinnung folgen und diese durchsetzen will, oder dass man bereit ist, verantwortlich für die voraussehbaren Folgen seines Handelns aufzukommen. Schwierig und missverständlich an Webers Unterscheidung ist, dass sie keine Kriterien der Beurteilung enthalten. Im Sinne von Verantwortung für das Gemeinwohl kann man viel und nichts tun und lassen. Dann wird Verantwortung auch irgendwann zu „Realpolitik“.

Was Weber auch zeigt, ist, dass Politik eine Kunst und keine Technik ist. Sie muss geübt werden, und über sie muss immer wieder von Neuem nachgedacht werden. Sie besteht im Aushalten von Spannungen, in der Suche nach Wissen und der Bereitschaft, sich vor anderen klar für sein Tun zu verantworten. Entscheidend ist dafür auch das Bewusstsein der Geschichtlichkeit des eigenen Tuns und damit des Erkennens des richtigen Moments für eine Handlung. Denn das Bohren von Brettern und der Wunsch, einmal durchzukommen, ist eine Sache. Das machen auch Hinterbänkler, lebenslange Funktionäre und

Bürokraten. Aber Webers Zitat endet nicht damit, denn er hat hinzugefügt, dass man das Mögliche nicht erreicht, wenn nicht immer wieder und im rechten Moment nach dem Unmöglichen gegriffen wird.

* * *

3. Mäßigung und Mechanisierung

Max Weber zählt bis heute zu den großen Bürokratie- und Verwaltungsforschern. Er wusste genau Bescheid über die Mechanismen des Staates, die Bedeutung von Verfassung und Recht, über Parteien und Parlamentarismus. Aber dennoch – oder vielleicht genau deswegen – bewegt er sich im Laufe seines Vortrags immer mehr von den Institutionen weg und konzentriert sich auf den Politiker als Person. So eindrucksvoll das sein kann, so offen bleibt doch die Frage, ob er dabei Politiker im Allgemeinen oder doch in einem demokratischen Umfeld im Sinn hat.

Ich betone das, weil uns in den gegenwärtigen Debatten über Krisen und Bedrohungen der liberalen Demokratie und des Rechtsstaats vor allem zwei Antworten darauf begegnen: Die eine ist das Vertrauen in Bestandskraft und Wirkmächtigkeit der Institutionen des Rechtsstaats, und dabei vor allem in jene Institutionen, die als politikfern wahrgenommen werden. Das sind Gerichte und im Besonderen die Höchstgerichte, Rechnungshöfe oder Regulierungsbehörden. Die andere Antwort ist die Hoffnung auf Persönlichkeiten, die in der Lage sind, politische und staatliche Handlungsfähigkeit zu sichern.

Ich möchte daher in einem nächsten Schritt auf diese Institutionen schauen.

Wenn wir versuchen, das, was „gesichert“ werden soll, genauer zu fassen, dann können wir vor allem zwei Aspekte herausgreifen, die neben der Gewährleistung der Menschen- und Grundrechte, von Freiheit und Gleichheit, zentral für die Zweckbestimmung des modernen demokratischen Rechtsstaats sind: Effektivität und Verantwortung. Der Konstanzer Politik- und Verwaltungswissenschaftler Wolfgang Seibel fasst das so zusammen:

„Wo »alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht«, müssen die vollziehenden Organe des Staates möglichst genau und möglichst ressourcenschonend das tun, was die Repräsentanten des Volkes in Parlament und Regierung beschlossen haben. Gleichzeitig muss dieses Tun der vollziehenden Gewalt jederzeit transparent und nachvollziehbar und ihr Tun und Unterlassen einzelnen Amtsträgern persönlich zurechenbar sein.“

Das schafft zunächst ein Organisations- und Verantwortungsproblem. Demokratisches und rechtsstaatliches Handeln erfolgt in einem komplexen Umfeld und kann sich nicht auf das Glück verlassen, dass einzelne schon genug Verantwortungsbewusstsein zeigen werden. Damit das gelingt, braucht es auch Stabilität. Und damit kommt ein Faktor ins Spiel, der effektiver Aufgabenerfüllung und klarer Verantwortung durchaus im Weg stehen kann.

Die Institutionalisierung politischer Verfahren und Organe, Parteien und Interessensvertretungen ist ein Resultat der Modernisierung und Stabilisierung des Staates. Mit Institutionalisierung meine ich hier, dem zitierten Wolfgang Seibel folgend, eine Form der Eigenstabilität, die *„jenseits ihrer jeweiligen Zweckmäßigkeit angesiedelt ist und sein muss.“* Wenn es nämlich nur um zweckmäßige Gebilde ginge, könnten sie in Frage gestellt werden, sobald sie anderen oder neuen Maßstäben der Zweckmäßigkeit nicht mehr gerecht werden. Das mag jetzt paradox klingen, vor allem wenn wir bedenken, dass Stabilisierung sehr oft durch Funktionsverflechtung und Doppelgleisigkeiten, regeldominierte Informations- und Abstimmungsverfahren oder überkommene Übungen und Traditionen erfolgt. Mit Stabilisierung ist auch eine gewisse Beharrlichkeit verbunden. Andererseits ermöglicht gerade das die Entwicklung von Routinen, die Weitergabe von Wissen und Erfahrungen und letztlich die Sicherung von Rechten, die auch einmal nicht aktuellen Zweckmäßigkeits- oder Erfolgsüberlegungen entsprechen.

Sehen wir uns das in groben Zügen an der Entwicklung und Bewährung des demokratischen Rechtsstaats seit Max Weber an:

Nach dem 1. Weltkrieg kam es in vielen europäischen Staaten zu einem starken Ausbau der Demokratie und des Parlamentarismus. Dies war nicht zuletzt eine Folge des allgemeinen Kriegsdienstes und der Kriegswirtschaft. Sie hatten zu einer bisher ungeahnten Ausweitung des Staatshandelns und damit zu ganz neuen Gesetzgebungsaufgaben geführt. Demokratie und Parlamentarismus schienen zugleich einen Mittelweg zwischen den Polen der Räteherrschaft und der Restauration zu ermöglichen.

Die neuen – und alten – Republiken dieser Zeit waren mit drei großen Fragen befasst: In welchem Verhältnis stehen Staat und Gesellschaft zueinander? Wie können „die Massen“ in den Staat integriert bzw. von diesem kontrolliert werden? Welche Staatsorganisation braucht der neu entstandene Verwaltungs- und Leistungsstaat? – Die Antwort darauf war in ganz Europa eine Delegation vieler dieser Fragen an Regierungen und Verwaltung. Ihnen wurde – sehr rasch, wenn man bedenkt, dass Demokratie vielfach noch jung

war – großer Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum übertragen. Und damit tritt ein neues Spannungsfeld auf: Zwischen dem Versprechen der Beteiligung einer möglichst großen Zahl in der Demokratie, der Erwartung, rasch und effektiv entscheiden und gestalten zu können, und dem Anspruch komplexe Herausforderungen rechtlich (und damit transparent) fassen und bewältigen zu können.

Gerade der Anspruch an Rechtsstaatlichkeit und Verwaltungshandeln hat, ebenso wie das Vertrauen in Problembewältigung durch Verwaltungsinstitutionen, Bestand. Er hat sich nach den Systembrüchen bewährt. Bis heute zählen die Arbeiten zum Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Zwischenkriegszeit in vielen europäischen Staaten und im Zusammenhang der EU zu den maßgeblichen Referenzwerken.

Die Ansprüche an Politiker, Parteien und Demokratien wurden aber nicht eingelöst. Sicher, auch die politische Rhetorik nach dem 2. Weltkrieg hat sich sehr stark auf politische, moralische und gesellschaftliche Erneuerung bezogen. Viele von uns erinnern noch heute an Persönlichkeiten, die damals Politik prägten und Demokratie sichern konnten (und fragen, warum es sie nicht mehr gibt). Aber dennoch wurde damals klar, dass man sich nicht mehr auf die Tugendhaftigkeit einzelner Personen sondern auf starke Institutionen verlassen wollte. Diese sollten in der Lage sein, Frieden und Recht zu sichern. Fraglich waren jedoch Maß und Art der Institutionalisierung. Vor allem von sozialdemokratischen Parteien und Denkern wurden Prozesse gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Modernisierung und Rationalisierung propagiert. Das bedeutete ein starkes Bekenntnis zu „technischen“ Modellen, die sich mit den englischen Begriffen des „social engineering“ und „political engineering“ vielleicht am Besten fassen lassen.

Dieser Zugang wurde von konservativen und liberalen Parteien und Denkern zurückgewiesen, weil er für sie eine Einschränkung von Freiheit – und dabei vor allem auch ihrer eigenen Freiheit und Ansichten – bedeutete. Ihre Antwort war – und das ist jetzt ganz entscheidend für die neue Qualität von Institutionalisierung nach dem 2. Weltkrieg – die Sicherung gerichtlich durchsetzbarer Menschen- und Bürgerrechte sowie die Beschränkung demokratischer Verfahren durch starke Verfassungsgerichte und den Aufbau supranationaler Organisationen der europäischen Einigung. Das waren extrem große Schritte, und es ist gar nicht so leicht, deren Ausmaß heute nachzuvollziehen.

Andererseits standen diese Entwicklungen durchaus in einer Traditionslinie zu den drei Fragen der 1920er-Jahre, nämlich jener nach Staat und Gesellschaft, Massen und Organisation. Denn mit der Etablierung starker Gerichte wurde auch ein Gegengewicht zu Mas-

senparteien und ähnlichem geschaffen. Zugleich konnte all das aber gelingen, weil man im je eigenen Bereich auf starke Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder Interessensverbände setzen konnte, die Vermittlung, Unterstützung und Stabilisierung garantierten. Sie sicherten gesellschaftliche Substanz und Autorität und damit politische Gestaltungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten. Sie hatten aber auch ihren Preis.

Ein Preis dafür waren Leistungen des Staates. – Von Benjamin Franklin wird erzählt, ihn habe eine alte Dame nach dem Verfassungskonvent von Philadelphia gefragt, ob sie nun eine Demokratie hätten. Er antwortete: *„Wir haben eine Demokratie, wenn Sie sie halten können.“* Die Nachkriegszeit in Europa scheint aber in einem zunehmenden Maß davon geprägt, dass viele sich daran gewöhnt hatten, dass der Staat, seine Institutionen und die politischen Parteien diese Aufgabe übernahmen.

Dafür wurde in Kauf genommen, dass sich neben den demokratischen Verfahren und Verfassungen auch andere, oft intransparente „Realverfassungen“ etablierten. Auch das können wir – unter anderem – mit den schon erwähnten Nebeneffekten von Institutionalisierung erklären. Und der Erfolg, ein Leben in Prosperität und Sicherheit, kann dem allen Recht geben.

Nur: Die Konzentration auf Erfolg, die politisches Handeln, europäische und staatliche Institutionen heute so prägt, ist riskant: Wenn die Legitimation staatlichen Handelns und politischer Entscheidungen primär daran gemessen wird, dann wird Politik der Logik des Markts unterworfen. Bürgerinnen und Bürger konsumieren politische Produkte und sind nicht mehr aktiv am politischen Prozess beteiligt. Wenn Politik auf die Verteilung von Gütern reduziert wird, stellt sich die Frage, was von ihren Idealen bleibt, wenn Güter knapper werden und Erfolge ausbleiben. Wenn Erfolg zentral für die Anerkennung und Rechtfertigung eines politischen Systems wird, dann können die Fragen nach anderen Legitimationsfaktoren wie Freiheit, Gleichberechtigung oder Teilhabe rasch in den Hintergrund treten.

Der hier eingeschlagene Weg hat aber noch einen zweiten Preis. Er besteht in der Politik mit dem Recht. Das mag jetzt etwas eigenartig klingen, hat doch moderne Politik immer etwas mit Rechtssetzung zu tun. Aber lassen Sie mich es kurz erklären.

Vor allem die Einführung von Verfassungsgerichten in vielen Staaten sowie die Schaffung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und des Europäischen Gerichtshofes haben die Austragung auch politischer Konflikte hin zu Gerichten verscho-

ben. Nun ist das keine schlechte Sache, denn hier kann der einzelne, wie es Georg Jellinek schon vor langer Zeit prägnant formuliert hat, die ganze Rechtsordnung in Bewegung setzen. Gerichte wie jene, die ich aufgezählt habe, können dabei durchaus als politische Organe gesehen werden. Aber dennoch sind ihre Mitglieder Richterinnen und Richter und ihr Verfahren folgt den strengen Grundsätzen des gerichtlichen Prozesses. Damit wird zwar ein alternativer Weg für die Austragung gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Konflikte gefunden (der auch Politikerinnen und Politiker von Entscheidungen befreit), aber dieser Weg kann nicht die möglichst breite Interessenseinbindung, Konfliktaustragung und Entscheidung demokratischer Prozesse ersetzen.

Mit diesem Weg sind noch zwei weitere Aspekte verbunden. Der eine ist eine zunehmende Verrechtlichung und Normierung politischer Tätigkeiten – ich sage bewusst nicht politischen Handelns. Dazu gehören immer detailliertere Verfahrensregeln, Meldepflichten, Transparenzregeln oder Verhaltenskodices. Dahinter stehen begründete Ansprüche, aber wie ich im gleich folgenden Teil meines Vortrags zeigen möchte, kann das auch dazu führen, dass Ansprüche entstehen, die nur mehr wenige bereit sind zu erfüllen. Und es kann dazu führen, das regelkonforme Verhalten an die Stelle inhaltsbezogenen, tugendbezogenen und moralisch begründbaren Handelns tritt.

Der zweite Aspekt ist, dass vor allem seit den 1960er-Jahren unser Denken und Reden über Politik und politisches Handeln – und damit auch seine Vermittlung in der politischen Bildung – immer mehr verrechtlicht und auf Institutionen bezogen wurde. „Verrechtlicht“ kann hier auch als mechanisiert gelesen werden.

Das mag – und da stehen wir durchaus noch immer im Banne der großen Fragen der Zwischenkriegszeit – auch etwas Beruhigendes haben. Es entzieht uns den „Niederungen der Politik“, wie es gern einmal heißt.

Aber in der Mechanik politischen Denkens und politischer Institutionen werden oft eindeutige Wege und Maßstäbe gebildet, die, wenn sie mit realer Politik konfrontiert werden, zu nichts anderem als Enttäuschungen führen können.

* * *

4. Menschen

Und das ist auch mein Stichwort, um von den Institutionen wieder zu den Menschen zu kommen und die Frage zu stellen, wie eben diese Institutionen belebt sind. Ich möchte dazu mit drei Beispielen beginnen, die ich sehr bewusst nicht aus der unmittelbaren po-

litischen Praxis sondern aus dem Bereich der politischen Bildung und neuen Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischer Beratung nehme. Ich habe sie gewählt, weil mit ihnen die Absicht verbunden ist, Menschen für politisches Engagement zu interessieren und Wissen über politische Praxis zu fördern. Sie sollen einen Beitrag dazu leisten, dass Demokratie Zukunft hat.

Zumindest einmal im Jahr findet im österreichischen Parlament ein Jugendparlament statt. Für einen Tag sind ungefähr 90 Schülerinnen und Schüler der 9. Schulstufe Abgeordnete. Sie sind in Klubs organisiert, erhalten professionelle Unterstützung, und das gesamte Verfahren sieht so aus und läuft so ab wie „im echten Nationalrat“. Das Jugendparlament ist auf Erfahrung und nicht auf unmittelbare Beteiligung ausgerichtet. „Echte“ Abgeordnete wirken als Beraterinnen und Berater mit. Und sie zeigen sich jedes Mal sehr begeistert von den Jugendlichen. Drei Punkte sind es, die sie anerkennend – und das ist auffallend – auch als Unterschied zu ihrer eigenen Praxis hervorheben: Den gegenseitigen Respekt, die Suche nach gemeinsamen Lösungen und die Fertigkeit, in der kurzen Zeit Anträge „wie echte Nationalräte“ zu formulieren.

Auch das zweite Beispiel betrifft eine Spielsituation. Gemeinsam mit Peter Biegelbauer habe ich eine Simulation einer Gemeindeversammlung für Erwachsene entwickelt, in der es um die Errichtung von Windkraftanlagen geht. Die Spielsituation baut auf einer Studie über Beteiligungsprojekte in Niederösterreich auf. Sie ist so angelegt, dass spätestens nach fünf Minuten alle ihre Rolle gefunden haben, und es ist auffallend, wie schnell emotionale Auseinandersetzungen dominieren. Wenn wir das Spiel mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern reflektieren, erzählen sie uns, dass sie davon ausgehen, dass sich Politikerinnen und Politiker so verhalten müssten. Auffallend ist, dass jene von ihnen, die tatsächlich in der Kommunalpolitik aktiv sind, das noch jedes Mal bestätigt haben.

Das dritte Beispiel ist kein Spiel. Es stammt aus der Enquete-Kommission des Nationalrates zur Stärkung der Demokratie, die 2014/15 stattgefunden hat. Damals wurden nach einem offenen Bewerbungsverfahren acht Bürgerinnen und Bürger zufällig ausgewählt, um mitzudiskutieren. Sie wurden herzlich begrüßt und für ihr Engagement gelobt. Moderation und Begleitung gab es keine. Nach anfänglichem Zögern begannen diese Bürgerinnen und Bürger in ähnlicher Weise wie die Politikerinnen und Politiker in den Debatten Stellung zu nehmen. Und dann wurden sie rasch in Schranken gewiesen, denn das sei doch nicht ihre Rolle.

Das Jugendparlament geht vom Grundversprechen der Demokratie aus. Eine jede und jeder soll frei und gleich an Rechten sein. Jeder Bürgerin und jedem Bürger wird zugetraut, sich für politische Fragen zu interessieren, sich an Wahlen zu beteiligen und sich selbst zur Wahl zu stellen. Dieses Grundversprechen wird im Zutrauen und Respekt, den die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfahren, zum Ausdruck gebracht. Damit ist das Ziel verbunden, Verständnis für demokratische Prozesse und politisches Engagement zu fördern. Echte Abgeordnete vermitteln: „Ihr könnt es so wie wir.“ Und sie bringen dabei die Überzeugung zum Ausdruck, dass es für das Tätig-Werden als Politikerin und Politiker Mut und Gestaltungswillen braucht. Wenn das da ist, kann alles gehen. Ein Gedanke, der durchaus in der Tradition Max Webers steht.

Aber wer lässt sich dafür begeistern? Wer hat diesen Mut? Wer entscheidet sich für eine solche Tätigkeit? – Dazu gibt es, zumindest auf den ersten Blick, eine unglaubliche Menge von Daten aus Studien zu Wahlen auf den verschiedensten Ebenen. Plattformen wie „MeineAbgeordneten“, Websites von Parlamenten und Regierungsmitgliedern, persönliche Websites von Politikerinnen und Politikern stellen eine Fülle von Informationen zu Biographien, Motiven und Zielen zur Verfügung. Vieles davon klingt ähnlich. Es geht ums Hineinwachsen in Politik, um das Ergreifen von Chancen, um den Wunsch, gestalten zu können und Veränderungen zu bewirken. Ähnliches wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendparlaments erzählt, ähnliches finden wir auch als Antworten in politikwissenschaftlichen Studien.

Ein genauerer Blick auf all diese Daten macht aber etwas anderes deutlich: Der berufliche Werdegang von Politikerinnen und Politikern gleicht sich immer mehr an und immer häufiger wird die Tätigkeit in der Partei-Politik zum einzigen Beruf oder – präziser gefasst – zum einzigen Erwerb. Wir sehen das in vielen europäischen Staaten, selbst in der Schweiz, die politische Tätigkeit traditionell als Nebenberuf gesehen haben.

Um nicht falsch verstanden zu werden, es geht mir nicht darum, dass Politikerinnen und Politiker auf den verschiedenen Ebenen die Bevölkerung exakt widerspiegeln. Die Erfahrung zeigt uns aber, dass es in Demokratien aber sehr wohl darum geht, dass diese offen und durchlässig für neue Ideen und Personen sind, dass damit neue Sichtweisen und neues Wissen in politische Prozesse kommt, und dass die verschiedenen Gruppen, Meinungen und Erfahrungen in der Bevölkerung angesprochen werden und Identifikations- und Ausdrucksmöglichkeiten finden können.

Wenn aber – und daran ändern auch die berühmten Quereinsteigerinnen und Querein-

steiger wenig – ein Großteil des politischen Personals aus dem je eigenen Umfeld rekrutiert wird, dann verengt Politik, und es gibt wenig Anreize und wenig Aussicht, sich zu engagieren.

Hier kommt noch etwas weiteres dazu: Erinnern wir uns, was Institutionen alles brauchen, um sich zu stabilisieren, was man wissen und können muss, um sich durch sie zu manövrieren. Wer da „nach oben“ kommen will, braucht viel Zeit und muss Präsenz zeigen.

Die Internationale Parlamentarische Union hat 2012 eine weltweite Vergleichsstudie über Abgeordnete präsentiert. Ein durchgängiges Motiv darin war Überforderung, das Gefühl, nicht mehr nachzukommen, nicht mehr alle Termine erfüllen zu können, nicht mehr alles beantworten zu können, seine Ideale in der Tretmühle des politischen Alltags zu verlieren.

Das führt mich zurück zum zweiten Beispiel, dem Rollenspiel mit der Bürgerversammlung. Wie beim ersten Beispiel finde ich es faszinierend, wie die echten Politikerinnen und Politiker, die dabei sind, die Realitätsnähe bestätigen und damit auch nahelegen, man könne innerhalb von Minuten „dabei sein“ und „richtig mittun“.

Hier möchte ich auf zwei Aspekte besonders schauen: Die Vorstellung, Politikerinnen und Politiker müssten besonders spontan und emotional vorgehen, und die Frage, welche Informationen und welches Wissen es braucht, um eine Frage beurteilen und entscheiden zu können.

Erinnern sie sich an Max Weber. Er hat davon gesprochen, dass sich der Fürst Beamten gegenüber sieht, die viel mehr Wissen und Können als er. Heute sehen sich Politikerinnen und Politiker nicht bloß einem Verwaltungsapparat gegenüber. Jede und jeder „draußen“ kann viel mehr wissen und können. Die Autorität, die Politiker lange in den „komplexen Fragen“ hatten, ist damit in Frage gestellt. Ähnliches gilt ja auch für viele andere Bereiche des Wissens, und nicht ohne Grund wird darauf hingewiesen, dass viele der Krisen, die heute konstatiert werden, auch Krisen im Umgang mit und Vertrauen auf Wissen sind.

Im Rollenspiel fällt nun auf, dass kaum jemand nach den Entscheidungsgrundlagen im Detail fragt, und dass auch gar keine Zeit dafür bleibt. Zu schnell sind alle in der Diskussion und drängen auf Entscheidungen.

Jetzt ist „echte Politik“ kein Rollenspiel mit einer knappen Zeitvorgabe, und vieles

scheint sich hier ewig hinzuziehen. Denken wir nur an die Auseinandersetzungen um Föderalismus- und Verwaltungsreformen in Österreich oder den Umgang mit Flüchtlingen in der EU. Aber auch hier kann ein genauere Blick frappierende Ähnlichkeiten erkennbar machen. Wenn wir nämlich schauen, welche Fülle an Themen politische Gremien bearbeiten, wie oft sie zu Sitzungen zusammenkommen und was jene, die Entscheidungen vorbereiten und treffen sollen, sonst noch tun, dann bleibt nur mehr sehr wenig Zeit.

Wenn Politikerinnen und Politiker in der Studie aus 2012, die ich vorhin erwähnt habe, von Überforderung sprechen, dann beziehen sie sich auch darauf, dass ihnen oft keine Zeit bleibt, sich inhaltlich mit einem anstehenden Thema zu befassen. Als ich vor einigen Jahren einen Kurs über Rechtssetzung an der Universität Graz gehalten habe, an dem vor allem Landespolitikerinnen und -politiker teilgenommen haben, war die Hauptfrage jene nach dem eigenen Nichtwissen und Nichtverstehen. In den wissenschaftlichen Diensten und Informationseinrichtungen der allermeisten Parlamente dominiert heute die Frage danach, wie sich Informationen und Wissen für den politischen Prozess so aufbereiten lassen, das sie verstanden werden, und dass man ihnen vertrauen kann.

Welche Auswirkungen das hat (die sich interessanterweise auch oft in den Rollenspielen zeigen), legen zwei weitere Beispiele nahe:

Die sozialwissenschaftliche Forschung im Allgemeinen zeigt, dass es vor allem Frauen sehr wichtig ist, dass sie sich eine Aufgabe erst dann zutrauen, wenn sie meinen, ausreichendes Wissen dafür zu haben. In Studien über das politische Engagement von Frauen zeigt sich ganz ähnliches, und es ist auch eines der Erklärungsmuster dafür, warum der Frauenanteil in der Politik nach wie vor signifikant unter dem von Männern liegt.

Welche Strategien sich anbieten, um mit dieser Wissensproblematik umzugehen, kann ein Blick in das Angebot vieler Akademien politischer Parteien (vielleicht mit der großen Ausnahme Deutschlands) und politischer Beratungsunternehmen zeigen: Hier dominieren Präsentations- und Kommunikationsthemen, hier geht es um Stimmungen und Strategien. Hier geht es darum, Aufmerksamkeit für sich und seine Schwerpunkte zu erlangen und Strategien der Durchsetzung einzuüben. Gerade der Durchsetzungs- und Herrschaftsimpuls, den viele als Grundlage von Politik sehen, und der in vieler Hinsicht eine zentrale – und wohl durchaus notwendige – Motivation politischen Handelns ist, wird hier zu beherrschen gelernt. Hier wird einem viel Werkzeug in die Hand gegeben, um zu lernen, seine und die Emotionen anderer zu beherrschen und auch mit ihnen zu spielen.

Es geht wohl auch darum, zu lernen, zwischen dem, von dem man selbst überzeugt ist (und was einen letztlich zum politischen Engagement geführt hat), und dem was „eben jetzt erforderlich“ ist, zu unterscheiden. Das heißt dann Professionalisierung und dient paradoxerweise dem Ziel, „authentisch“ zu kommunizieren. Angesichts der zuvor angesprochenen Wissens- und Bildungsproblematik kann und wird es aber oft nicht mehr als eine Bewältigungsstrategie sein. Sie vermittelt, dass es nach wie vor allem auf durchsetzungsstarke Typen ankommt, die ihren Weg gehen und der Komplexität rund um sie ein (freilich gut formuliertes und abgestimmtes) „Ach, habt mich doch alle gern mit Euren Studien und Hinterfragen“ hinwerfen. Und jene, die sich so etwas sagen trauen, und auch jene, die einmal emotional werden und provozieren, haben die Chance, doch einmal herauszutreten und Aufmerksamkeit zu finden. Wer anderes behauptet oder einmal überlegt, hat schon verloren.

Ich komme jetzt noch auf mein drittes Beispiel zu sprechen. Die Konfrontation mit Bürgerinnen und Bürgern in einem politischen Verfahren. Damit kommen wir auf einen Zugang, der vielfach als „die Chance“ für die Erneuerung demokratischer Politik gesehen wird, und mit dem gerade auf die vorhin angesprochenen Defizite der Verengung, der Überforderung usw. reagiert werden kann. Damit ist auch das Ziel verbunden, Politik wieder interessanter zu machen. In fast jedem Parlament Europas wird etwa darüber diskutiert, wie man die Abläufe „lebendiger“ machen kann, wie man Menschen wieder für Politik interessieren und sie einbinden kann.

Das Bemerkenswerte an dieser Enquete-Kommission war nun, dass sie im Unterschied zu anderen, vor allem lokalen Modellen der Bürgerbeteiligung, ohne externe Begleitung und Moderation stattgefunden hat. Es galten die Regeln der Geschäftsordnung des Nationalrates.

Verfahrensregeln sind ein wichtiges Element moderner parlamentarischer Demokratien. Sie gewährleisten nachvollziehbare und – jedenfalls einigermaßen – faire Abläufe und Prozesse. Sie geben der Minderheit ebenso wie Außenstehenden die Möglichkeit, politische Vorgänge zu verstehen und zu kontrollieren. Politisches Handeln ist somit auch stark regelgebundenes Handeln.

Das entlastet und belastet. Es entlastet, weil vieles ritualisiert abläuft und vorhersehbar ist. Es braucht – und hier sind wir wieder beim Zeit- und Wissensproblem – wenig Vorbereitung und bietet viel Platz für kalkulierte Erregung. Es belastet, weil Politikerinnen und Politiker sehr schnell zu Gefangenen ihrer Rituale werden, die Ideen und Gestal-

tungswillen einengen und zum Erlahmen bringen.

Die Bürgerinnen und Bürger, die an der Enquete-Kommission teilgenommen haben, kannten diese Regeln nur in Ansätzen. Und als sie meinten, sich ihnen konform zu verhalten und wie die Abgeordneten zu agieren, wurden sie zurecht gewiesen und an ihre Rolle erinnert. Das klang nicht nur für sie paradox. Es ist eine Erfahrung, die der Politikwissenschaftler Gerhard Loewenberg als Paradoxien des Parlamentarismus und einen maßgeblichen Grund für die Fehlverständnisse politischen Handelns in parlamentarischen Demokratien beschrieben hat. Politikerinnen und Politiker waren damals und sind in vielen anderen Situationen eben doch nicht bereit oder in der Lage, „ihre Regeln“ zu verändern und Neues zu ermöglichen.

Letztlich bleiben Enttäuschungen auf beiden Seiten. Bei Politikerinnen und Politiker, die erkennen, wie beschränkt ihre Handlungsspielräume oft sind, und bei jenen „außerhalb des politischen Betriebs“, die das, was sie darüber zu wissen meinen nicht mit dem, was sie erfahren, in Deckung bringen können.

Der Philosoph Ludwig Wittgenstein hat das als „Regelanwendungsregeln“ bezeichnet, das ist präziser als, wenn wir einfach von „Praxis“ sprechen, weil es uns erklären kann, wie es dazu kommt, und warum es so schwer ist, sie zu ändern. Solche Regeln vermitteln Handlungsmacht, weil sie informell festgelegt werden und damit nicht den Beschränkungen formeller Verfahren unterliegen. Wenn sie aber tatsächlich „formalisiert“, also rechtlich festgelegt werden, dann bewirken sie eine große Zunahme der Komplexität und Detailliertheit der Vorschriften, die politische Prozesse regeln. Gegenwärtig können wir das international etwa am Beispiel von Unvereinbarkeitsregeln und Meldepflichten für Politikerinnen und Politiker sehen – übrigens auch ein Beispiel dafür, warum der Kreis von Menschen, die Bereitschaft zeigen, ein politisches Amt zu übernehmen, enger wird. Und dann kann die Zunahme solcher Regeln dazu führen, dass an die Stelle des von Max Weber so in den Vordergrund gestellten Handlungsspielraums ein geschicktes Verhalten innerhalb der vorgegebenen (und selbst gestalteten) Regeln wird. An die Stelle der Frage „Was soll ich tun?“ tritt die Frage „Wie lege ich es hier am geschicktesten an?“.

* * *

5. Welche Zukunft?

Ich habe Ihnen jetzt ein sehr umfangreiches und wohl auch widersprüchliches Bild gezeichnet. Vieles ist dabei offen geblieben. Manches werden Sie in der einen oder anderen

Weise wiedererkannt haben.

Immer wieder bin ich auf Fragen der Überforderung, des Unverständnisses und der Komplexität zu sprechen gekommen. Jetzt stellt sich die Frage, wo das hinführen kann, welche Zukunft das alles hat und wer bereit ist, sich darauf einzulassen.

Zu Beginn hab ich das Leitbild skizziert, das Max Weber von einem starken Politiker hatte. Er hat das in einem Umfeld formuliert, in dem die Aufgaben des Staates und der Verantwortungsbereich von Politikern – gerade – noch überschaubar war. Ich frage mich, ob wir uns angesichts einer globalisierten Welt, angesichts einer hochkomplexen Architektur von Regeln und Verfahren, internationalen Organisationen und Gerichten, angesichts der Wünsche nach Beteiligung und Effizienz, angesichts heutiger gesellschaftlicher, technischer und ethischer Herausforderungen noch auf so ein – letztlich doch einfaches – Bild verlassen können. Aber welche Leitbilder finden wir heute?

Als ich über die Entwicklung staatlicher Institutionen nach dem 2. Weltkrieg gesprochen habe, waren Erfolg und Logik des Marktes zentrale Themen. Damit korreliert das Bild des Managers. Und wenn wir Selbstbeschreibungen von Politikerinnen und Politikern Revue passieren lassen, dann begegnet es uns gar nicht einmal so selten. Nicht nur der Staat wird von ihnen mit einem Unternehmen verglichen, auch sie selbst setzen ihr Führungsverständnis mit Unternehmensführung gleich. Und zwar unabhängig davon, ob sie das aus eigener Erfahrung und Anschauung kennen oder nur aus der Vorstellung.

Eine zweite Figur ist der „Political Entrepreneur“, der vor allem von politischen Neugründungen und – interessanterweise – gerade jenen gebraucht wird, denen es besonders um Förderung von breiter Beteiligung, Innovationen des politischen Verfahrens, Sicherung und Ausbau von Menschenrechten und Gleichberechtigung geht.

Beide geben aus unterschiedlichen Perspektiven dem unternehmerischen Ansatz mehr Bedeutung als dem politischen, zumindest tun sie das in ihrer Rhetorik. Die amerikanische Philosophin Elizabeth Anderson hat dazu ein faszinierendes Buch geschrieben, das „Private Government“ heißt. Ihr Interesse gilt primär der Verfasstheit von Unternehmen und der Arbeitswelt, aber sie fordert damit auch die unternehmerischen Vergleiche in der Politik heraus. Anderson weist auf die gegensätzlichen Ansprüche an Regieren im Staat – transparent, partizipativ und rechtebezogen – und in Unternehmen – hierarchisch, auf Einzelne ausgerichtet, angepasst – hin. Nehmen wir nur das letzte Beispiel mit den Verfahrensregeln her: Was heißt es, diese im Kontext des Rechtsstaats und da-

mit von rechtlichen und politischen Diskursen, und im Kontext von Unternehmensführung und damit etwa im Lichte des neuen Schlüsselbegriffs der Compliance, also eigentlich Regelbeachtung und Fügsamkeit, zu beurteilen?

Das Gegenbild zum Erfolg ist das Scheitern oder die Angst vor diesem. Max Weber hat von Mut und Tatkraft gesprochen. In der jetzt schon mehrfach erwähnten Studie der Interparlamentarischen Union, in Studien zum Verhältnis von Politikerinnen und Politikern zur Öffentlichkeit und in verwaltungswissenschaftlichen Studien begegnet uns viel öfter die Angst. Wolfgang Gratz hat sie im österreichischen Zusammenhang an der Entwicklung des Verhältnisses zwischen politischer Führung und Ministerialbürokratie beschrieben. Er zeigt anhand des Ausbaus der Ministerbüros, der zeitlichen Befristung von Leitungsfunktionen und der Besetzungspolitik in der Verwaltung, wie Angst und Unverständnis zu handlungsleitenden Motiven werden und Frustration bei allen Beteiligten schaffen. Nicht reden, nichts sagen, nichts entscheiden tritt in den Vordergrund, und alles andere kann auf Expertenkommissionen, Beiräte oder Gerichte verlagert werden.

Im Hinblick auf beide, Erfolg und Angst, können wir auch einen Erklärungsansatz für die steigende Bedeutung von Public Relations und den damit zusammenhängenden Verhaltens- und Steuerungstechniken im politischen Bereich sehen. In der Gesamtschau können wir auch sehen, auf welche Ressourcen erfolgreiche Tätigkeit als Politikerin oder Politiker heute angewiesen ist – und damit nachvollziehen, warum sich die meisten politischen Parteien und/oder Bewegungen nur mehr auf wenige Personen konzentrieren können.

Aber was machen wir mit dieser Einsicht? Wenn es uns um den Bestand und die Zukunft rechtsstaatlicher Demokratie in pluralistischen und fragmentierten Gesellschaften geht, dann bleiben wir auf Engagement vieler angewiesen, und dann braucht es mehr als einzelne „Manager“.

Es ist nicht einfach, Ansprüche und Leitbilder dafür zu formulieren. Zu groß scheint für viele das Risiko der Moralisierung, gar der „Political Correctness“ und der Reduzierung politischer Tätigkeit auf eine Art hervorgehobenes „Beamtentum“. Mit „starken Ansprüchen“ wachsen auch die Enttäuschungen. Denken Sie nur daran, wie in österreichischen Debatten über die Rolle von Abgeordneten Verfassungsexperten an das freie Mandat erinnern und gleich feststellen müssen, dass Parlamentarierinnen, Parlamentarier und Parteien dem überhaupt nicht gerecht werden.

Im Lichte der Punkte, die ich heute Abend angesprochen habe, denke ich, dass sich aber durchaus „schwache Ansprüche“ (in moralischer Perspektive) formulieren lassen. Vielleicht könnten wir auch besser von Haltungen oder Tugenden sprechen. Sie sind aber doch auch mit gewissen moralischen Ansprüchen verbunden. Daher bin ich vorsichtig mit der Bezeichnung. Im Unterschied zu Max Weber und im Unterschied zu Leitbildern aus dem Management sind diese Ansprüche auf die Sorge um, die Erhaltung und Entwicklung einer Grundrechtsdemokratie gerichtet. Im Hintergrund steht eine Ethik der Anerkennung des Anderen und der Begegnung im Gespräch. Sie sind meiner Überzeugung nach Grundlage demokratischen Handelns im Sinne gemeinsamer Weltgestaltung und eben nicht Einengung ermöglichen. Ich nenne dazu drei Schlagwörter: Zukunftsoffenheit, Vermittlungsfähigkeit und Verantwortung.

In der Politik dominieren heute Sicherheit, Herkunft und Beständigkeit. Dabei ist Demokratie, wenn sie auf Freiheit, Partizipation und Transparenz gründet, jene politische Organisationsform, die Neues und Unerwartetes und damit den Umgang mit Kontingenz ermöglicht. Dem steht die Eindeutigkeit evidenzbasierter Politik und die ewige Gegenwart politischer Mechanik, die heute in den Überlegungen über politische Steuerung durch Beherrschung riesiger Datenmengen wiederkehrt, oder der Wunsch nach eindeutigen und „unpolitischen“ Entscheidungen von Gerichten, gegenüber. In dieser Situation braucht es die Entwicklung und Förderung eines Möglichkeitssinns, der auch wieder Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

Wenn es uns um die Erhaltung und die Zukunft des demokratischen Rechtsstaats geht, dann braucht es auch Vermittlungsfähigkeit in dreifacher Hinsicht: Die Vermittlung dessen, was diesen Rechtsstaat ausmacht, und was es heißt, Macht und Herrschaft zu begrenzen und institutionell zu brechen. Was es heißt, darin auch Distanz zu Menschen und Dingen zu wahren. Es braucht die Bereitschaft, zwischen Menschen und Meinungen zu vermitteln, und mit Vielfalt umzugehen. Der demokratische Rechtsstaat braucht Führungspersönlichkeiten, aber er muss am einzelnen Führer scheitern. Und es braucht die Bereitschaft und Fähigkeit, angesichts einer hochkomplexen Welt auch über komplexe Fragen sprechen zu können. „Reduktion von Komplexität“, die heute als Leitmotiv für politische Kampagnen gilt, kann ernsthaft nur gelingen, wenn man sich um Verstehen und Verständnis für die Komplexität müht.

Und zuletzt braucht es Verantwortungsbereitschaft. Damit meine ich nicht die Verantwortungsethik Max Webers, die – wiederum – von der Einsicht und Tugend des Einzel-

nen ausgeht. Verantwortung ist von seinem Wortstamm her auf den Anderen bezogen, dem ich eine Antwort schulde. Es geht um eine Verantwortung füreinander und damit für ein Zusammenleben unter zugegebenermaßen oft sehr schwierigen Bedingungen. Es geht damit auch nicht um die Präsentation und Durchsetzung allein der eigenen Positionen, sondern um die Fähigkeit, ins Gespräch zu kommen und das Wissen, dass dieses Gespräch erst Demokratie ausmacht. Politisches Handeln ist Rede und Gespräch. Und es ist das auch und erst im Bewusstsein der Gebrochenheit unserer Beziehungen zu einander, des Zorns und der Wut, der Enttäuschungen und des Unverständnisses, die da sind und da bleiben.

Das mag jetzt alles schön klingen, und manche von Ihnen werden sich denken, jetzt bin ich nach soviel Skepsis doch noch recht lyrisch geworden. Daher möchte ich noch mit drei kurzen Beispielen schließen, die zeigen, dass es geht, wenn die Bereitschaft besteht, all das durch entsprechende Rahmenbedingungen zu fördern und zu unterstützen.

Das finnische Parlament hat in der größten Krise der 1990er-Jahre einen Zukunftsausschuss eingerichtet, dessen Mitglieder nicht über tagesaktuelle Themen diskutieren dürfen. Das hat dazu geführt, dass sich in politischen Auseinandersetzungen und Herausforderungen ganz andere Zugänge und auch eine gewisse Experimentierfreude entwickelt haben (wenngleich nicht ohne Rückschläge).

Das portugiesische Parlament hat sich radikal geöffnet und das durch Erklären und Vermitteln dessen, was passiert, unterstützt. Es ist das einzige Parlament Europas, das in den letzten Jahren an Vertrauen in der Bevölkerung gewonnen hat.

In Irland wurde mit der „Constitutional Convention“ eine Verfahrensform entwickelt, in der Bürgerinnen, Bürger und Politikerinnen und Politiker gemeinsam wesentliche politische Fragen und Herausforderungen diskutieren – und zwar mit einer Leitung von außen und an Orten, die keiner der Teilnehmer als „seine“ beanspruchen kann. Und alle Beteiligten sprechen jetzt davon, dass ihnen das neue Einsichten und die Bereitschaft zu Veränderungen ermöglicht hat.

Nichts davon ist perfekt, alles hat seine Schwächen, und es mag auch jeweils nur einen Teil des politischen Systems berühren und verändern. Aber es zeigt, was doch möglich ist, und was alles passieren kann, wenn ganz unterschiedliche Menschen – und nicht einer alleine – es wagen, ihre Hände in die Speichen des Rades der Geschichte zu legen.

Literaturhinweise (Auswahl)

1. Krisenphänomene und Orientierungspunkte

Geuss, Raymond, *Philosophy and Real Politics*, Princeton University Press 2008

2. Wegweiser in einer erregten Zeit

Weber, Max, *Politik als Beruf* (mit einem Nachwort von Ralf Dahrendorf), Stuttgart: Reclam 1992

3. Mäßigung und Mechanisierung

Möllers, Christoph, Wir, die Bürger(lichen), *Merkur* 71 (818) 2017, 5-16

Müller, Jan Werner, *Das demokratische Zeitalter*, Berlin: Suhrkamp 2013

Oakeshott, Michael, *Rationalism in Politics and other Essays*, London: Liberty Press 1991

Seibel, Wolfgang, *Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung*, Berlin: Suhrkamp 2016

Weiler, Joseph, *The Constitution of Europe: 'Do the New Clothes Have an Emperor?' and Other Essays on European Integration*, Cambridge University Press 1999

4. Menschen

Biegelbauer, Peter und Sandro Kapeller, Mitentscheiden oder Mitgestalten, Direkte Demokratie versus dialogorientierte Verfahren in lokalen Entscheidungsfindungsprozessen, *SWS-Rundschau* 57 (1) 2017, 32-55

IPU und UNDP (Hrsg.), Global Parliamentary Report 2012: The changing nature of parliamentary representation (<https://www.ipu.org/resources/publications/reports/2016-07/global-parliamentary-report-2012-changing-nature-parliamentary-representation#.WwPdQaTrvpA.link>)

Konrath, Christoph, Parlamentarismus zwischen Recht und Politik, in: Tamara Ehs ua. (Hg.), *Politik und Recht. Spannungsfelder der Gesellschaft*, Wien: Facultas WUV 2012, 107-133

Konrath, Christoph, Demokratiereformprojekte und nachhaltige Weiterentwicklung von Demokratie, in: Gertraud Diendorfer und Manfred Welan (Hg.), *Demokratie und Nachhaltigkeit*, Innsbruck: Studien-Verlag 2016, 59-79

Kröber, Corinna, Vanessa Marent, Jessica Fortin-Rittberger, Christina Eder, Still a glass ceiling? Tracing the limits to women's representation in elected office, *Comparative European Politics* 2018 (online first)

Lee, Caroline W., *Do-It-Yourself Democracy. The Rise of the Public Engagement Industry*, Oxford University Press 2015

5. Welche Zukunft?

Anderson, Elizabeth, *Private Government*, Princeton University Press 2017

Arendt, Hannah, *Sokrates. Apologie der Pluralität*, Berlin: Mathes & Seitz 2016

Konrath, Christoph, Demokratiereformprojekte und nachhaltige Weiterentwicklung von Demokratie, in: Gertraud Diendorfer und Manfred Welan (Hg.), *Demokratie und Nachhaltigkeit*, Innsbruck: Studien-Verlag 2016, 59-79

Narval, Philippe, *Die freundliche Revolution. Ein Plädoyer für die Erneuerung der Demokratie*, Wien: Molden 2018

Nussbaum, Martha, *Powerlessness and the Politics of Blame*, Jefferson Lecture 2017 (<https://www.law.uchicago.edu/news/martha-c-nussbaums-jefferson-lecture-powerlessness-and-politics-blame>)

Saladin, Peter, *Wozu noch Staaten? Zu den Funktionen eines modernen demokratischen Rechtsstaats in einer zunehmenden überstaatlichen Welt*, Bern: Stämpfli 1995